

# DAS WACHSTUM, SEINE GRENZEN UND DIE GEWERKSCHAFTEN

ÜBERLEGUNGEN BEIM VERSUCH, WIDERSPRÜCHE  
EINES «ÖKOLOGISCH-SOZIALEN UMB AUS» EINZUKREISEN

Die offensichtliche Unfähigkeit nationaler Regierungen und internationaler Körperschaften, die ökologischen Zerstörungen eines von multinationalen Konzernen dominierten Petro-Kapitalismus einzudämmen; die – besonders für ärmere Bevölkerungsschichten in den Ländern des Südens oft bereits lebensbedrohlichen – Folgen der Erderwärmung und anderer ökologischer Notstände; und nicht zuletzt die eindrucklichen Mobilisierungen der globalen Klimabewegung «Strike for Future» haben die Vision eines «ökosozialen Umbaus» stärker ins Zentrum des gesellschaftspolitischen Diskurses der Gewerkschaften gerückt.

Vania Alleva, die Präsidentin der grössten Schweizer Gewerkschaft Unia, kritisierte am 28. September 2019 an der Nationalen «Klimademo» in Bern<sup>1</sup> die «soziale Spaltung» und den «Klimanotstand» als «Werk einer kleinen Herren-Elite» bzw. deren «rücksichtslosen Ausbeutung von Mensch und Umwelt.» (Alleva 2019b) Tags zuvor hatte sie schon die Absicht der Gewerkschaften bekundet, eine aktive Rolle zu übernehmen: «Ich glaube, dass politische Streiks das Bewusstsein beeinflussen und die Bedingungen für Veränderungen verbessern können – der Erfolg der Mobilisierung des Frauenstreiks am 14. Juni hat das bewiesen.» (Alleva 2019a)

Wegen der Covid-Pandemie musste der ursprünglich für November 2020 geplante Unia-Kongressentscheid über ein Positionspapier «Ökosozialer Umbau»<sup>2</sup> vertagt werden. Unia-Mitarbeitende beteiligten sich in der Folge zwar an inhaltlichen Debatten der «Strike for Future»-Allianz,<sup>3</sup> und Klimaaktivist\*innen bekundeten ihrerseits Interesse an der Unterstützung gewerkschaftlicher Mobilisierungen, aber eine mit dem «Frauenstreik» vergleichbare Dynamik, bei der gewerkschaft-

liche Netzwerke, Know-how und Ressourcen wesentlich zum Mobilisierungserfolg beigetragen hatten, ist bisher nicht entstanden. Sind dafür neben einer Reihe von praktischen Gründen auch Unschärfen im Konzept eines «ökosozialen Umbaus» mitverantwortlich?

## DIE GEWERKSCHAFTEN UND DAS WACHSTUM

Parallel zur fortschreitenden Umweltzerstörung müssen Überlegungen um eine ökosoziale Transformation an einem zunehmend ungünstigen Ausgangspunkt ansetzen. Um es mit António Guterres, dem Generalsekretär der Vereinten Nationen, zu formulieren: «Die Alarmglocken schrillen, [...] Treibhausgasemissionen aus der Verbrennung fossiler Brennstoffe und der Abholzung von Wäldern ersticken unseren Planeten und bringen Milliarden von Menschen in unmittelbare Gefahr.» (zit. n. Harvey 2021) Der jüngste Bericht des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) führt aus, dass die Welt mit den bisher von den Regierungen eingegangenen Verpflichtungen zur Reduktion des CO<sub>2</sub>-Ausstosses auf dem Weg zu einer Erwärmung von fast 3°C ist.

Nichtsdestotrotz ist das Verhältnis der Gewerkschaften zum Thema Wirtschaftswachstum nach wie vor ungebrochen. Seit den «Trente Glorieuses» – den goldenen Nachkriegsjahrzehnten hohen Wirtschaftswachstums – fordern sie Jahr für Jahr Lohnsteigerungen, die sich am Produktivitätsfortschritt und der Zielinflationsrate der Zentralbanken oder der tatsächlichen Inflation ausrichten. Damit, so die Überzeugung, würden der Verteilungsspielraum ausgeschöpft bzw. Verteilergerechtigkeit und wirtschaftliche Stabilität gesichert. Auf eine Journalistenfrage nach den grössten Erfolgen gewerkschaftlicher Politik bekräftigte der Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds, Pierre-Yves Maillard, unlängst: «Wir konnten Sozialstaatsreformen à la Hartz IV verhindern und das Rentenalter verteidigen. Unser Einfluss auf die Lohnverhandlungen ist gestiegen. Und das Beste ist: Die Schweiz hatte in den vergangenen zwanzig Jahren ein stärkeres Wirtschaftswachstum als Frankreich und Deutschland.» (Maillard 2021) Mit der historischen Erfahrung eines lang anhaltenden wirtschaftlichen Aufstiegs in den Nachkriegsjahrzehnten hat sich die verteilungspolitische Zauberformel «Lohnerhöhung = Produktivitätssteigerung + Inflation» tief im gewerkschaftlichen Bewusstsein eingegraben.

## DEGROWTH, KAPITALISMUS, REVOLUTION?

Ungefähr gegen Ende der «Trente Glorieuses» kritisierte (1972) erstmals eine prominente Gruppe von Wissenschaftler\*innen die Vorstellung, wirtschaftliches Wachstum berge die Lösung aller Menschheitsprobleme. Der Bericht «Die Grenzen des Wachstums» des sogenannten Club of Rome prognostizierte, dass die Menschheit etwa 2070 die absolute Wachstumsgrenze auf der Erde erreichen und ein

Zusammenbruch der Gesellschaft drohen würde. Obwohl der Bericht einseitig das demografische Bevölkerungswachstum problematisierte und Macht-, Herrschafts- und Klassenverhältnisse ausblendete, inspirierte seine grundsätzliche «Erkenntnis, dass in einem begrenzten System kein unbegrenztes Wachstum möglich ist» (zit. n. Bierl 2015: 345), nicht nur wachstums- und technologie-, sondern auch herrschaftskritische linke Strömungen.

Im selben Jahr stellte der Vordenker der «politischen Ökologie», André Gorz, eine Frage, die heute noch im Zentrum der sogenannten Degrowth-Debatte steht: «Ist das Gleichgewicht der Erde, für das Null-Wachstum – oder sogar décroissance – der materiellen Produktion notwendige Bedingung ist, vereinbar mit dem Überleben des kapitalistischen Systems?» (D'Alisa et al. 2016: 19). Sein wachstumskritisches Credo, wonach nicht mehr der «Umsturz des vorherrschenden Lebensstils realitätsfern» erscheine, sondern die «Vorstellung, dass Wirtschaftswachstum immer noch zum Wohlergehen der Menschen beitragen kann und dass es überhaupt physikalisch möglich ist», wirkt bis in die heutige Klimaschutzbewegung hinein weiter.

Weil sich die mit der Konferenz von Rio (1992) geweckte Hoffnung, internationale Klimaabkommen würden einen Klimanotstand verhindern, nicht realisiert haben, erhielten wachstumskritische Strömungen, welche das ganze ideologische Spektrum von links- bis rechtsausen abdecken, seit der Jahrhundertwende neuen Zulauf (Bierl 2015: 352f.). Ihre Anhänger\*innen fordern die Abschaffung des Wirtschaftswachstums als gesellschaftliches Ziel. Stattdessen sollen sich Produktion und Konsum so verändern, dass eine fürsorgliche Lebensweise mit einem reduzierten Durchsatz an Rohmaterial möglich wird (D'Alisa et al. 2016: 20). Degrowth-Diskurse beziehen sich in der Regel positiv auf Care-Ökonomie, Gemein- und Genossenschaftseigentum, Grund- und Höchstehinkommen sowie Arbeitszeitverkürzung und -umverteilung. Zudem beschäftigen sie sich mit der Frage, wie das wünschenswerte Absinken des BIP sozial tragfähig gemacht werden können.

Degrowth-Theorien sind oft kapitalismuskritisch. Dem Kapital gehe es zwar nicht um Wachstum, sondern um Profit, aber um die Gewinnmarge zu halten und gleichzeitig soziale Spannungen abzufedern müssten kapitalistische Systeme wachsen. Wachstum erlaube es, Verteilkonflikte abzufedern und könne darum als politischer Imperativ kapitalistischer Systeme verstanden werden. Ein «demokratisches Reformszenario» mit Obergrenzen für den Ressourcenverbrauch, einer Umverteilung über Reichtumssteuern sowie sozialen Mindeststandards wie einer Beschäftigungsgarantie für Arbeitslose etc. sei nur nach «einer radikalen Umverteilung der politischen Macht» möglich (ebd.: 31). Kurz gesagt: Viele Degrowth-Anhänger gehen davon aus, dass die nötigen institutionellen Reformen und die Überwindung der kapitalistischen Akkumulation nur durch eine Revolution erreichbar wären.

Ausgehend von der historischen Beobachtung, dass auch staatssozialistische Ökonomien einer umweltzerstörerischen Wachstumslogik folg(t)en, argumentieren

einige Autor\*innen es gelte, «die Entfremdung der Produzenten von den Produkten ihrer Arbeit» zu überwinden (Barca 2019: 209). Nur ein «wirklich demokratisches, arbeiterkontrolliertes Produktionssystem, und ein wirklich demokratischer Entscheidungsprozess über die Verwendung des Überschusses» könne den Zwang zur Reinvestition in weitere Produktionssteigerungen durchbrechen: «There can be no degrowth without dealienation.» (Ebd.: 207) Daher müsse die Degrowth-Bewegung «einen konstruktiven Dialog mit den entfremdeten und ausgebeuteten Arbeitnehmern der Welt aufbauen».

Eine solche Konvergenz der Kräfte lässt sich mit historischen Beispielen emanzipativer Arbeiter-Umweltbewegungen illustrieren (Probst 2021). Doch andererseits ist unübersehbar, dass «die Geschichte der Umweltbewegung des 20. Jahrhunderts durchzogen [ist] von Konflikten zwischen Umweltaktivisten und Arbeitern, die in vielen Fällen jede Möglichkeit eines politischen Bündnisses gefährdet haben» (Barca 2019: 211). Und aus Sicht der Degrowth-Akteure bleiben selbst ökologisch sensibilisierte Gewerkschaften, welche einen «Green New Deal» oder eine «Just Transition» vorschlagen, dem Wachstumsparadigma verhaftet, statt eine antikapitalistische Perspektive einzunehmen.

## OHNE WACHSTUM KEINE GLEICHHEIT?

Ein Bündnis bleibt auch angesichts der tief verwurzelten gewerkschaftlichen Skepsis gegenüber der Idee, Einkommen und materieller Konsum könnten so reduzieren werden, «dass dies nicht als Wohlstandsverlust empfunden wird» (Kallis 2011: 878), unwahrscheinlich. Linke Kritiker\*innen werfen der Degrowth-Bewegung vor, ausser Acht zu lassen, dass die grosse Mehrheit der Menschen in kapitalistischen Gesellschaften ihr Dasein unter Bedingungen materieller Güternknappheit fristen muss: «Die Erfahrung der neoliberalen Periode ist für die meisten durch stagnierende Einkommen bzw. Löhne, steigende Schulden, erodierende Arbeitsplatzsicherheit und längere Arbeitszeiten gekennzeichnet.» (Huber 2019) Das Gerede von «Verzicht» und «Degrowth» könne «die Bedürfnisse der grossen Mehrheit der von der neoliberalen Austerität geschädigten Arbeitnehmer» nicht ansprechen.

Gewerkschaften befürchten, dass ökonomische Stagnation ihr Ziel des sozialen Ausgleichs behindert. Einen solchen Zusammenhang postuliert beispielsweise Thomas Piketty. In seiner Studie über den «Kapitalismus im 21. Jahrhundert» präsentiert er eine eindrückliche Sammlung von Belegen für die egalitäre Wirkung, welche lange Wachstumsperioden entfalten. Die Logik ist nicht schwer zu verstehen: «In langsam wachsenden Volkswirtschaften kommt dem in der Vergangenheit erworbenen Vermögen naturgemäss eine überproportionale Bedeutung zu, da nur ein geringer Strom neuer Ersparnisse erforderlich ist, um den Vermögensbestand stetig und erheblich zu erhöhen.» (Piketty 2014: 25) Piketty bezeichnet seine

Formel  $r > g$  als fundamentale Kraft der Ungleichheit: «Bei einer niedrigen Wachstumsrate hingegen ist es sehr wahrscheinlich, dass diese von der Kapitalrendite übertroffen wird – was auf lange Sicht der wichtigste Faktor bei der Entstehung von Ungleichheit ist.» (Ebd.: 84) Eine «progressive globale Vermögenssteuer» könnte laut Piketty diesem fundamentalen ökonomischen Zusammenhang entgegenwirken, aber Gegenmassnahmen auf nationaler Ebene würden «sich in der Praxis als viel weniger effektiv erweisen» (ebd.: 27). Oder anders gesagt: Null-Wachstums-Gesellschaften haben schlechte Karten, wenn sie versuchen, auch die «Kapitalrendite» auf null zu bringen oder sie so umzuverteilen, dass die schon bestehenden Vermögens- und Einkommensungleichheiten nicht noch verschlimmert werden.

## ÖKONOMISCH-ÖKOLOGISCHE ZANGENKRISE

Diese Verteilproblematik erklärt, warum Vorstellungen eines «grünen Wachstums» lagerübergreifend eine neue Orientierung boten, als die globale Finanzmarktkrise 2008 und der darauffolgende Wachstumseinbruch das bis dahin hegemoniale neoliberale Wachstumsparadigma unter Druck setzten. Aus Perspektive des Kapitals sollte «ein ökologisch nachhaltiger Umbau zum Stimulus für eine lange Prosperitätswelle werden» (Dörre et al. 2021: 10). Ökologische «Marktmechanismen», technologische Innovationen, eine wachsende Umweltbranche – all dies flankiert durch einen neuen staatlichen Interventionismus und internationale Zielvereinbarungen – sollten die Wende hin zu einem «grünen Kapitalismus» bringen, der Wachstum von Ressourcenverbrauch und Umweltzerstörung entkoppelt.

Das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) propagierte die Ökologisierung der Wirtschaft als Motor für das Wachstum, da sie menschenwürdige Arbeitsplätze schaffe und ein entscheidender Ansatz bei der Armutsbekämpfung sei (UNEP 2011). Die OECD befand, dass eine Green-Growth-Strategie ökonomisches Wachstum und Entwicklung ermögliche, ohne der Umwelt und dem Klima zu schaden und ineffizient mit Ressourcen umzugehen (OECD 2011). Und ebenfalls auf einen Wachstumsschub setzten Gewerkschaften, wenn sie im Anschluss an die Finanzmarktkrise offensiver für den «ökosozialen Umbau» eintraten. Die Unia etwa sprach von einem «enormen industriellen Potenzial» mit «Millionen von Arbeitsplätzen für Europa, mindestens 200 000 Arbeitsplätze für die Schweiz auf zehn Jahre» (Unia o.J.).

Dieser diskursive Paradigmenwechsel begünstigte die Einigung der internationalen Staatengemeinschaft auf das Pariser Abkommen (2015) mit 17 «Sustainable Development Goals» und einem Katalog von 169 Zielvorgaben. Dennoch sprechen Dörre et. al. (2021: 10) von einem «verlorenen Jahrzehnt» mit weiterhin schwachen Wachstumsraten, zunehmender Einkommens- und Vermögensungleichheit, Verschuldung und CO<sub>2</sub>-Emissionen. Diese «ökonomisch-ökologische Zangenkrise» zeichne sich dadurch aus, «dass das wichtigste Mittel zur Überwin-

dung ökonomischer Stagnation und zur Pazifizierung interner Konflikte im Kapitalismus, die Generierung von Wirtschaftswachstum, [...] ökologisch zunehmend destruktiv und deshalb gesellschaftszerstörend wirkt. Bleibt das Wirtschaftswachstum hingegen aus oder bleiben die Zuwachsraten gering, nehmen Armut, Ungleichheit und Prekarität zu.» (Ebd.: 13)

In dieser labile Krisenlage kämpfen vier Lager um ideologische Hegemonie, von denen zwei dem «herrschenden Geist von Davos (Weltwirtschaftsforum)» und zwei dem «gegenhegemonialen Geist von Porto Alegre (Weltsozialforum)» zuzuordnen sind. Zu Letzteren gehören einerseits Kräfte, die sich an der «Achse von Kapital-Arbeit-Konflikten» orientierten, andererseits das wachstumskritische Lager, welches sich an den Konfliktachsen Ethnie/Nationalität, Geschlecht und Ökologie orientiere. Diese Spaltung habe eine «wirkungsmächtige Nachhaltigkeitskoalition von unten faktisch verhindert» und erleichtere dem «gemäßigten Lager der liberalen, globalisierungsaffinen kapitalistischen Eliten ein modifiziertes Weiter-So». Das wiederum biete den Nährboden für das «autoritäre Lager des Geistes von Davos und seine imaginäre Revolte».

### SCHWIERIGE «ENTKOPPELUNGEN»

Die Vorstellung eines «grünen Wachstums» hat inzwischen viel von ihrem Glanz verloren. So kritisierte der ehemalige ver.di-Sekretär und Parteivorsitzende der Deutschen LINKEN, Bernd Riexinger, den 2019 von EU-Kommissionspräsidentin van der Leyen lancierten «Green Deal» als «bunte Mischung aus Greenwashing und Wettbewerbspolitik [...], eine Wachstumsstrategie, mit der sich weder die Klimakrise noch die soziale Krise lösen lassen» (Riexinger 2020: 25). Seinen eigenen «linken Green New Deal» für einen sozial-ökologischen Systemwechsel möchte er nicht mehr auf ein «sozialdemokratisch-keynesianisches Wachstumsmodell» bauen – dies sei eine «strategische Sackgasse» (ebd.: 102). Welche ökonomische Basis dieses ersetzen soll, bleibt allerdings nicht nur bei Riexinger unscharf.

Die «Zangenkrise» wäre eher bewältigbar, wenn sich wirtschaftliches Wachstum und ökologische Belastungen entkoppeln liessen. Technologische Innovationen (z.B. im Bereich erneuerbarer Energien) und Effizienzgewinne scheinen dies möglich zu machen. Selbst kapitalismuskritische System-Change-Ansätze gehen davon aus, dass die Umsetzung des Klimaprogramms «eine Vitalisierung der Wirtschaft» auslösen würde: «Würde es gelingen, wesentlich mehr Ressourcen in den ökologischen Umbau der Gesellschaften zu investieren als heute, könnten die stofflichen Belastungen der Umwelt (z.B. Treibhausgasemissionen) reduziert werden, während das monetäre Wachstum ansteigt.» (Ringger 2019: 107)

Leider gibt es starke empirische Hinweise darauf, dass dies einfacher gesagt als getan ist. Auf der Suche nach einer «erfolgreichen Entkopplungsstrategie, die

die wirtschaftlichen Aktivitäten nicht abbremst» (Binswanger et al. 2005), analysierte das Buwal bereits vor 15 Jahren die Entwicklung der Umweltbelastungen in der Schweiz zwischen 1970 und 2005 – mit ernüchternden Ergebnissen: Sie «Nicht-Entkopplung von CO<sub>2</sub>-Emissionen und Wirtschaftswachstum» sei mit «einem den technischen Fortschritt und den Strukturwandel dominierenden Wachstum der wirtschaftlichen Aktivitäten» zu erklären. Eine «Entkopplung des Wirtschaftswachstums vom Verbrauch von Natur und Landschaft» (ebd.: 14) habe nicht stattgefunden. Selbst bei den wenigen Schadstoffen (wie z.B. im Bereich der Luftverschmutzung), bei denen es Anzeichen für eine Entkopplung gebe, könne nicht ausgeschlossen werden, dass «die Umweltentlastungen möglicherweise durch die Verlagerung von umweltbelastenden Industrien in andere, insbesondere ärmere Länder erreicht wurden» (ebd.: 9). Vergleichbare Studien in anderen einkommensstarken Ländern des Nordens kamen seither zu ähnlichen Ergebnissen.

Eine aktuelle Meta-Studie des European Environmental Bureau (EEB) stellt fest, dass es weltweit «keine empirischen Belege für eine absolute, globale und ausreichend schnelle und weitreichende Entkopplung der Umweltbelastungen vom Wirtschaftswachstum gibt» (Parrique et al. 2019: 32). Die Autor\*innen bezeichnen die von Befürworter\*innen des «grünen Wachstums» behauptete absolute Entkopplung als «ein statistisches Hirngespinnst», wofür sie auch eine Reihe von systemischen Gründen anführen.<sup>4</sup> Alles in allem erscheine die Entkopplungshypothese als «eindeutig unrealistisch» (ebd.: 55).

## EXTERNALISIERUNG UND ASYMMETRISCHE WELTINNENVERHÄLTNISSE

Auf das Problem der systematischen «Auslagerung» der Kosten wirtschaftlichen Handelns nicht nur auf die Umwelt, sondern generell auf «Dritte» hat Stephan Lessenich verwiesen. Einerseits bedürfe «die kapitalistische Verwertungs-maschinerie der beständigen Zuleitung von Werten aller Art: Arbeit, Land und Geld; Hand-, Kopf- und Care-Arbeit; Biomasse, Bodenschätze und Brennstoffe» (Lessenich 2016: 41f). Andererseits operiere «der moderne, globalisierte Kapitalismus auf der Grundlage eines nicht minder gross angelegten Arrangements der Auslagerung – und zwar der immensen Kosten ebenjener wirtschaftlichen Wert-schöpfung. Diese Kosten werden zu erheblichen Teilen externalisiert.»

Die «Externalisierungsgesellschaft» in den demokratisierten Gesellschaften des Westens lebt gemäss Lessenich «von der Arbeit und den Ressourcen anderer, von der Abwälzung sozialer und ökologischer Schäden auf Dritte». Sie werde getragen von einem «stillschweigenden Sozialvertrag: Die Bürger tolerieren Ungleichheit und die Externalisierung langfristiger Kosten, solange das Wachstum brummt.» (Ebd.: 66) Man mag Lessenichs ätzender Analyse der «asymmetrischen Weltinnen-verhältnisse» im Detail folgen oder auch nicht – klar ist: Antworten auf die Widersprüche der kapitalistischen «Zangenkrise» werden nicht einfacher, wenn man



globale Gerechtigkeitsfragen mit dem drohenden Kollaps der Biosphäre zusammenzudenken versucht.

Solchen Fragen wendet sich in seinem jüngsten Werk auch Thomas Piketty zu. Um den Klimawandel zu stoppen, seien weitreichende Änderungen unserer Lebensweise erforderlich. Diese seien aber nur unter Einhaltung «anspruchsvoller Gerechtigkeitsnormen» akzeptabel. Es sei, konkreter gesprochen, «schwer vorstellbar, dass die unteren und mittleren Schichten sich bereitfinden werden, bedeutende Anstrengungen auf sich zu nehmen, solange sie das Gefühl haben, dass die oberen Schichten auf sie herabschauen, indem sie in aller Seelenruhe an ihrem hohen Lebensstandard festhalten inklusive den hohen Emissionen, die er mit sich bringt» (Piketty 2020: 1234).

Natürlich würde es helfen, wenn das oberste eine Prozent seinen Lebensstil wenigstens auf das Niveau eines «Mittelklasse-Lebens» (in den wohlhabenden Ländern) zurückfahren müsste. Aber das wird schlicht nicht reichen. 2019 stammten 63 Prozent der globalen CO<sub>2</sub>-Emissionen aus Ländern des Südens und Ostens mit einem tiefen bzw. mittleren BIP.<sup>5</sup> In diesen Ländern lebt nur ein kleiner Teil der Menschen in Luxus und Verschwendung. Die allermeisten versuchen lediglich, der Armut zu entkommen, oder hoffen – bestenfalls – auf ein komfortables Leben in Sicherheit und relativem Wohlstand. Wieso genau sollten diese Menschen freiwillig irgendwelche zusätzlichen «Anstrengungen» auf sich nehmen, solange beispielsweise die Stimmbevölkerung der Schweiz mehrheitlich nicht bereit ist, einen um einige Cents erhöhten Benzinpreis in Kauf zu nehmen?

Genauer als der Begriff der «Zangenkrise» scheint so gesehen das Bild einer (tripodalen) «Stativkrise» zu passen: Das kapitalistische Weltsystem balanciert auf drei «Beinen» bzw. drei wechselseitig verknüpften Ausbeutungsverhältnisse. Erstens auf der «binnengesellschaftlichen» Ausbeutung von Arbeitnehmenden und der unbezahlten Reproduktionsarbeit durch das Kapital; zweitens auf der «weltgesellschaftlichen» Ausbeutung weitgehend ohnmächtiger bzw. abhängiger Gesellschaften durch mächtige Konzerne, Staaten und privilegierte Gruppen; drittens auf der zunehmend katastrophal verlaufenden Ausbeutung der Biosphäre als Grundlage der kapitalistischen Expansion.

## UTOPIE, PRAGMATISMUS

Die unaufgelösten Widersprüche des kapitalistischen Weltsystems machen die Suche nach Alternativen sowohl dringend als auch schwierig. Denn zwar können (und müssen) wir uns eine Welt vorstellen, welche die oben aufgezählten Ausbeutungsverhältnisse überwindet. Aber «praktisch» scheint sich das «window of opportunity» für solche Transformationskonzepte rascher zu schliessen, als sie ausgerollt werden können. Die Utopie einer postkapitalistischen Postwachstumsgesell-



schaft (Dörre/Schickert 2019) allein schafft noch keine Allianz, die sie durchsetzen kann.

Damit die sozialen Akteure, die sich im «gegenhegemonialen Geist von Porto Alegre» (Dörre) an den Ausbeutungsverhältnissen des kapitalistischen Weltsystems abarbeiten, nicht von dessen Widersprüchen zerrieben werden, müssen sie deren Implikationen benennen. Sicher sind «Effizienzgewinne», neue Technologien und «intelligente» Steuerung notwendig. Aber eine rein technologisch-regulatorische Überwindung der «Grenzen des Wachstums» wird es nicht geben. Aus praktischer Sicht ist «grünes Wachstum» ein Mythos. Genauso wie umgekehrt für Milliarden Menschen ein «gutes Leben» ohne Wachstum.<sup>6</sup> Eine Änderung des Lebensstils ist sicher unerlässlich – doch warum sollten ausgerechnet eine verkannte Leistungsträgerin (Mayer-Ahuja/Nachtwey 2021) in einem prekären Tieflohnjob oder eine schuldengeplagte Bauernfamilie des «Südens» auf ein kleines bisschen Mehr vom Lebensstil der Privilegierteren verzichten?

Ein «linker Green New Deal» taugt nur etwas, wenn er seine Widersprüche selbstkritisch reflektiert. Man muss ihn – als «Projekt aus dem globalen Norden, das eine Perspektive für linke sozial-ökologische Politik unter den Bedingungen der reicheren OECD-Staaten formuliert» – verstehen. Ein Projekt, das «nicht ohne Weiteres verallgemeinerbar» ist, weil es allein die «Ausbeutungs- und Machtverhältnisse der Globalisierung» nicht verändert und weiterhin von Ressourcenabbau und Landraub im globalen Süden abhängig bleibt (Riexinger 2020: 84). Und wenn wir «mit der Perspektive eines neuen, sozial-ökologischen Wohlstandsmodells Mehrheiten hierzulande für eine global gerechte Transformation gewinnen» wollen, dürfen wir dennoch nicht vergessen, dass «Wachstum von Energie- und Ressourcenverbrauch in der Mobilität, Digitalisierung und beim Konsum kein Modell für die Zukunft sein» kann.

Kurz: Trotz immer lauter «schrillender Alarmglocken» (Guterres), müssen die «gegenhegemonialen Kräfte» pragmatisch bleiben. Wenn wir beim Streit über die eigentlich nötigen grossen Schritte ins Stolpern geraten, brauchen wir umso mehr Geduld, um uns – im Kampf gegen die verschiedenen Ausbeutungsverhältnisse – von unterschiedlichen Ausgangspunkten aus in kleinen Schritten aufeinander zuzubewegen.

## ARBEITSZEITVERKÜRZUNG ALS KÖNIGSWEG DER ÖKOZOZIALEN TRANSFORMATION?

Zu einer derartigen Konvergenz könnte die Frage der Arbeitszeitverkürzung führen. Das zu Beginn erwähnte Unia-Positionspapier beispielsweise fordert «eine deutliche Reduktion der Normalarbeitszeit bei vollem Lohnausgleich für die unteren und mittleren Einkommen» und sieht darin «die Grundlage für die angestrebte Vollbeschäftigung, für eine rasche und direkte Reduktion des ökologischen Fussabdruckes und insbesondere des CO<sub>2</sub>-Ausstosses, für eine gerechtere Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit zwischen den Geschlechtern, für eine Ver-

schiebung der Produktivitätsgewinne vom Kapital zur Arbeit und für den Schutz der körperlichen und psychischen Gesundheit der Arbeitnehmenden». Dies solle sicherstellen, dass der ökologische Umbau nicht auf Kosten der Beschäftigten umgesetzt wird.

Allerdings ignoriert das Unia-Positionspapier die in diesem Text skizzierten widersprüchlichen Herausforderungen an einen ökosozialen Umbau – oder behauptet sie lediglich weg. Das kann falsche Erwartungen generieren. Denn eine Reduktion der Erwerbsarbeitszeit kann zwar theoretisch eine ökologische, soziale und ökonomische «Dividende» in Form von Klimaneutralität, mehr sozialer Gerechtigkeit und wirtschaftlicher Stabilität abwerfen (Bader et al. 2020). Doch auch bei einem «optimalen» Transformationsansatz werden die grundlegenden Widersprüche nicht einfach verschwinden. Sozialverträglichkeit und ökologische Effekte einer Erwerbsarbeitszeitreduktion müssen sorgfältig «aufeinander abgestimmt werden, damit der eine positive Effekt nicht auf Kosten des anderen geht» (ebd.: 10).


Trotz oder gerade wegen solcher Vorbehalte wäre die Annahme des Positionspapiers «Ökosozialer Umbau» durch die Delegierten des bevorstehenden Unia-Kongresstags im Februar 2022 ein wichtiges Signal der grössten Schweizer Gewerkschaft. Und mehr noch ein möglicher Beschluss für die Vorbereitung eines Volksinitiativprojekts zum Thema «Arbeitszeitverkürzung»: Es würde nicht nur ihren Willen bekräftigen, Wohlstand, globale Gerechtigkeit und den Schutz der Biosphäre nicht mehr als Gegensätze zu denken, sondern auch die Voraussetzungen dafür verbessern, Fragen der Arbeitszeitreduktion und -souveränität bzw. des «Zeitwohlstands» vermehrt zum Gegenstand von GAV-Bewegungen zu machen. Von dort aus könnte sie einen substanziellen Beitrag zu einem ökosozialen Klassenbewusstsein und zur Mobilisierung für den ökosozialen Umbau leisten.

## SCHLUSS MIT «BLA, BLA, BLA»

Die Frage nach der Allianz gesellschaftlicher Kräfte, welche die notwendige ökosoziale Transformation in Gang bringen kann, ist zweifellos zentral. Es ist eine politische Frage, auf die es – trotz aller Ambivalenzen – Antworten gibt. Dennoch kann ich meine Überlegungen nicht mit dieser optimistischen Note schliessen, ohne ihren unbequemen Ausgangspunkt zu benennen. Denn auf die Frage nach der Stabilität der Biosphäre, innerhalb welcher wir solche Allianzen notwendigerweise schmieden müssen, gelten nur ökologisch wirksame Antworten etwas. Und der Zusammenhang zwischen politischen Absichten und effektivem Verhalten ist weniger eng, als man vermuten möchte.

Das gilt auf individueller und gesellschaftlicher Ebene. Eine neuere Studie, die zeigt, dass in Ländern mit sozialdemokratischer Regierungsbeteiligung «fortschrittliche» Einstellungen für die Kombination von sozialer Wohlfahrts- und ökologischer Klimapolitik stärker verbreitet sind (Fritz/Koch 2019), weist auch darauf

hin, dass die tatsächlichen Umweltleistungen dieser Länder nicht besser sind als die anderer, liberal oder konservativ geprägter Industrieländer. Man könne daraus folgern, dass Entscheidungsträger\*innen in solchen fortschrittlichen Ländern<sup>7</sup> «mutiger als bisher einen ökologischen und sozialen Wandel einleiten und vorantreiben» könnten. Doch damit wäre das Problem nicht gelöst, denn die Atmosphäre könne nicht darauf warten, bis progressive Einstellungen zu nachhaltigem Wohlergehen und ökosozialer Politik auf einem hohen wirtschaftlichen Entwicklungsniveau politisch wirksam werden: «Wenn alle Länder den Weg nachahmen würden, der zu den derzeitigen Produktions- und Konsummustern westlicher Industrieländer geführt hat, bevor ihre Wähler bereit sind, eine wirksame ökosoziale Politik zu akzeptieren, wäre der Kampf gegen die Klimakrise tatsächlich verloren.» (Ebd.: 13)

Widersprüche integrieren, Allianzen schmieden und politische Mehrheiten erringen braucht Zeit. Doch diese läuft uns davon. Die «bla, bla, bla»-Rufe frustrierter junger Klimaaktivist\*innen werden lauter (Carrington 2021). Wenn wir es nicht schaffen, die Ausbeutungslogiken des Kapitals – gegenüber der Natur und der Arbeitskraft – und ihre Zusammenhänge präziser zu kritisieren und unsere Antworten auf Nachhaltigkeits- und Umverteilungsfragen zu einem ökosozialen Klassenbewusstsein zu verbinden, werden sie bald auch auf uns Gewerkschaften gemünzt sein. 

## ANMERKUNGEN

- 1 Mit über 100'000 Teilnehmenden wahrscheinlich die grösste je in der Schweiz an einem Platz durchgeführte Massenmobilisierung.
- 2 Verabschiedet vom Zentralvorstand der Gewerkschaft Unia am 3.9.2020 zu Händen der Unia-Kongressdelegierten.
- 3 Diese führten zu einem im April 2021 lancierten «Manifest zum Strike for Future», <https://climastrike.ch/de/posts/manifesto-st4f>
- 4 U.a. steigende relative Energiegewinnungskosten, Reboundeffekte, bloss ergänzende, aber nicht disruptive technologische Innovationen, welche zudem den Verbrauch weiterer Ressourcen antreiben (z.B. Lithium, Kupfer und Kobalt als Folge der E-Mobilität oder Flächennutzung für die Herstellung von Biokraftstoffen), beschränktes Recycling-Potenzial und kosteneffiziente Verlagerung von Umweltauswirkungen in Länder mit niedrigerem Verbrauch entlang von globalen Wertschöpfungsketten; vgl. Parrique et al. 2019: 4f.
- 5 Solche Aggregationen sind immer bis zu einem gewissen Grad willkürlich. Es ist ebenso richtig zu sagen, dass 2019 die «G20-Länder» für rund 80 Prozent des CO<sub>2</sub>-Ausstosses verantwortlich waren; die wohlhabendsten 10 Prozent der Erdbevölkerung für 49 Prozent des CO<sub>2</sub>-Ausstosses; oder 100 globale Konzerne für 71 Prozent des CO<sub>2</sub>-Ausstosses seit 1988.
- 6 Diese umgekehrte Entkoppelungsthese formuliert z.B. der Entkoppelungsreport des European Environmental Bureau: «Wir müssen nicht das Wirtschaftswachstum von der Umweltbelastung abkoppeln, sondern den Wohlstand und das «gute Leben» vom Wirtschaftswachstum» (Parrique et al. 2019: 55).
- 7 Zu denen gemäss dieser Studie auch die Schweiz gehört.

## LITERATUR

- Alleva, V. (2019a): «Area syndacale», 27.9.2019.
- Alleva, V. (2019b): Raus aus der Ausbeutungsfalle, Redetext für die Nationale Klimademo des Wandels, 28.9.2019, internes Dokument.
- Bader C./Hanbury H./Neubert S./Moser S. (2020): Weniger ist mehr – Der dreifache Gewinn einer Reduktion der Erwerbsarbeitszeit. Weniger arbeiten als Transformationsstrategie für eine ökologischere, gerechtere und zufriedenerere Gesellschaft – Implikationen für die Schweiz, CDE Working Paper 6, Centre for Development and Environment (CDE) with Bern Open Publishing (BOP), Bern.
- Barca, S. (2019): The Labor(s) of Degrowth, in: Capitalism Nature Socialism, H. 2, S. 207–216.
- Bierl, P. (2015): Nachhaltige Kritik, Geschichte und Perspektiven der Postwachstumsökonomie, in: Zeitschrift für kritische Sozialtheorie und Philosophie, H. 2, S. 345.
- Binswanger M./Beltrani G./Jochem A./Schelske O. (2005): Wachstum und Umweltbelastung: Findet eine Entkopplung statt?, hrsg. vom Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft (BUWAL), Bern.
- Carrington, D. (2021): «Blah, blah, blah»: Greta Thunberg lambasts leaders over climate crisis, in: The Guardian, 28.9.2021.
- D'Alisa, G./Demaria, F./Kalli, G. (Hrsg.) (2016): Degrowth. Handbuch für eine neue Ära, München.
- Dörre, K./Holzschuh, M./Köster, J./Sittel, J. (2021): Abschied von Kohle und Autor? Sozial-ökologische Transformationskonflikte um Energie und Mobilität, Frankfurt a. M./New York.
- Dörre, K./Schickert, Ch. (Hrsg.) (2019): Neosozialismus. Solidarität, Demokratie und Ökologie vs. Kapitalismus, München.
- Fritz, M./Koch, M. (2019): Public Support for Sustainable Welfare Compared. Links between Attitudes towards Climate and Welfare Policies, in: Sustainability, H. 11, 4146.
- Harvey, F. (2021): Major climate changes inevitable and irreversible – IPCC's starkest warning yet», in: The Guardian, 9.8.2021.
- Huber, M. T. (2019): Ecological Politics for the Working Class, in: Catalyst, H. 1, S. 7–45.
- Kallis, G. (2011): Defence of Degrowth, in: Ecological economies, H. 5, S. 873–880.
- Lessenich, St. (2016): Neben uns die Sintflut. Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis, München.
- Maillard, P.-Y (2021): Die Gewerkschaften dürfen stolz auf ihr Vermögen sein, in: Die Weltwoche, 23.9.2021.
- Mayer-Ahuja, N./Nachtwey, O. (2021): Verkannte Leistungsträger:innen. Berichte aus der Klassengesellschaft, Berlin.
- OECD (2011): Towards Green Growth, [www.oecd.org](http://www.oecd.org)
- Parrique T./Barth J./Briens F./Kerschner, C./Kraus-Polk, A./Kuokkanen A./Spangenberg J. H. (2019): Decoupling debunked. Evidence and arguments against green growth as a sole strategy for sustainability, European Environmental Bureau, 8.7.2019, Kopenhagen.
- Piketty, Th. (2014): Capital in the Twenty-first Century, Cambridge, MA.
- Piketty, Th. (2020): Kapital und Ideologie, München.
- Probst, M. (2021): Für einen Umweltschutz der 99 %. Eine historische Spurensuche, Berlin.
- Riexinger, B. (2020): System Change. Plädoyer für einen linken Green New Deal – wie wir den Kampf für eine sozial- und klimagerechte Zukunft gewinnen können, Hamburg.
- Ringger, B. (2019): Das System Change Klimaprogramm, Zürich.
- UNEP (2011): Towards a Green Economy: Pathways to Sustainable Development and Poverty Eradication, [web.unep.org/greeneconomy](http://web.unep.org/greeneconomy)
- Unia (o.J. [ca. 2010]): Der Pakt für eine produktive Schweiz. Die Schweiz braucht einen Produktionsfonds für den ökosozialen Umbau.